

## 1 **Hoffnung durch Handeln**

### 2 3 **Den demografischen Wandel gestalten – Bündnisgrüne Handlungsmöglichkeiten auf** 4 **kommunalpolitischer Ebene nutzen**

5  
6 Die Bevölkerung Brandenburgs wird zunehmend älter, gleichzeitig nimmt die Einwohnerzahl des  
7 Landes ab. Auf die Folgen dieses demografischen Wandels des Alterns und Schrumpfens  
8 müssen wir jetzt auf allen Ebenen reagieren. Die Diskussion in den anderen Parteien lief zumeist  
9 darauf hinaus, den demografischen Wandel aufhalten oder gar umkehren zu wollen. Aber:  
10 keine Maßnahme, die sich nur auf Bevölkerungspolitik bezieht, kann die Entwicklung der  
11 nächsten Jahre stoppen oder gar in ihr Gegenteil verkehren. Nur wenn wir anerkennen, dass es  
12 kein Zurück zu den vorherigen Zuständen gibt, können wir die Chancen des demografischen  
13 Wandels und der damit einhergehenden Veränderungen zur Neugestaltung unserer  
14 Gesellschaft nutzen.

15  
16 Eine wesentliche Zukunftsaufgabe wird sein, gesellschaftliches Leben so zu organisieren, dass  
17 weniger junge Menschen mit mehr älteren Menschen neue Formen des Zusammenlebens  
18 finden, dass ältere Menschen stärker ins öffentliche Leben einbezogen, die Potentiale des Alters  
19 genutzt und neue Beteiligungsformen für Jung und Alt entwickelt werden.

20  
21 Es sind viele zentrale Bereiche betroffen, wenn wir von der demografischen Entwicklung reden.  
22 Wir müssen eine gesellschaftliche Debatte anstoßen, die den Kern unseres Zusammenlebens  
23 betrifft:

24  
25 Wie wollen wir in Zukunft unter den veränderten Bedingungen leben? Was können und was  
26 wollen wir uns leisten? Welche Aufgaben soll in Zukunft der Staat leisten? Wie sichern wir  
27 öffentliche Daseinsvorsorge? Wie können Bürgerinnen und Bürger motiviert werden, mehr  
28 Verantwortung zu übernehmen? Können wir das Ziel von gleichwertigen Lebensbedingungen  
29 in den Regionen aufrechterhalten?

### 30 31 **Als erste Initiativen beschließt der Landessprecherinnenrat von Bündnis 90/Die Grünen** 32 **Brandenburg:**

33  
34 1. Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg werden in ihren Kreisverbänden die Erarbeitung von  
35 Konzepten zur Gestaltung des demografischen Wandels in den Mittelpunkt der bündnisgrünen  
36 Programmentwicklung für die Kommunalwahlen 2008 stellen.

37  
38 2. Zur Auseinandersetzung mit der Politik der Landesregierung und zum Aufzeigen von  
39 Handlungsalternativen in der Kommunalpolitik und auf Landesebene soll der Landesvorstand  
40 eine Landesarbeitsgemeinschaften- und kreisverbandsübergreifende Arbeitsgruppe unter  
41 Einbeziehung externen Sachverständs berufen.

42  
43 3. Der Grüne Tag 2007 soll in Vorbereitung der Kommunalwahlen 2008 auch als Plattform zu  
44 einem ersten Austausch der grünen Kreisverbände über bündnisgrüne Beispiele des produktiven  
45 Umgangs mit dem demografischen Wandel auf kommunaler Ebene dienen.

### 46 47 48 **Begründung**

49  
50 Der in vielen Regionen Europas wirksame demografische Wandel der Alterung der Gesellschaft  
51 als Folge einer gestiegenen Lebenserwartung einerseits und der Schrumpfung durch  
52 Geburtendefizit und Abwanderung andererseits verändert zunehmend auch unsere  
53 Lebensbedingungen in Brandenburg:

54

1 Bedingt durch

- 2
- 3 - eine seit Jahren anhaltend niedrige Geburtenrate, die unter den für eine langfristig
- 4 stabile Bevölkerungszahl statistisch notwendigen 2,1 Kindern je Frau liegt,
- 5 - die Abwanderung vor allem junger Menschen mit höherem Bildungsniveau in andere
- 6 Bundesländer oder in das Ausland und
- 7 - fehlende Zuwanderung aus anderen Bundesländern oder dem Ausland

8

9 verringert sich die EinwohnerInnenzahl Brandenburgs kontinuierlich. Nach den vorliegenden

10 Prognosen sinkt die Bevölkerungszahl in Brandenburg bis 2020 zunächst um rund 7 Prozent auf

11 2,4 Millionen EinwohnerInnen und danach deutlich schneller auf 1,8 Millionen EinwohnerInnen

12 im Jahr 2050.

13

14 Durch zeitgleich verlaufende Zuzüge aus Berlin und Binnenwanderungen aus den peripheren

15 Räumen des Landes in die Region um Berlin, den sogenannten engeren Verflechtungsraum,

16 findet dabei eine räumlich uneinheitliche Entwicklung der EinwohnerInnenzahlen in den

17 Kommunen des Landes statt. Während die Randregionen bis 2020 etwa 15 Prozent der

18 EinwohnerInnen gegenüber dem Jahr 2000 verlieren, gewinnt der berlinnahe Raum im selben

19 Zeitraum rund 6,5 Prozent EinwohnerInnen hinzu.

20

21 Da die Fortzügler/innen im Allgemeinen besser ausgebildet und jünger als die verbleibende

22 Bevölkerung sind und zugleich relativ mehr junge Frauen als Männer abwandern, geht mit der

23 Verringerung der EinwohnerInnenzahlen zugleich ein Wechsel in der sozialen

24 Zusammensetzung der Wohnbevölkerung einher. Die unterschiedlichen Auswirkungen auf die

25 Geschlechter in dem gesamten Prozess müssen untersucht und ausgearbeitet werden. Bisher ist

26 dieser Aspekt in der Politik vernachlässigt worden.

27

28 Abwanderung und extreme Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur haben viel mit

29 Arbeitslosigkeit und fehlenden Perspektiven in der Region zu tun. Darunter leiden diejenigen

30 ostdeutschen Kommunen besonders, die in der DDR durch Ansiedlung großer

31 Produktionsanlagen in kurzer Zeit erheblich anwuchsen, wenn diese Betriebe nach der Wende

32 geschlossen oder deren Beschäftigtenzahlen drastisch reduziert wurden. Menschen, die sich nur

33 wegen der Arbeit dort einen neuen Lebensmittelpunkt gesucht hatten, sind in der Regel

34 deutlich weniger verwurzelt. Wenn dieser Arbeitsort noch nicht zur neuen Heimat wurde, fehlt

35 die entsprechende Bindungswirkung. Auch ein an die Region bindender Besitz von

36 Wohneigentum und familiäre Unterstützung vor Ort sind in solchen Fällen seltener. Ebenfalls

37 extrem vom Arbeitsplatzabbau betroffen waren die Land-, Forst und Fischereiwirtschaft und

38 damit die wesentlichen Arbeitgeber im ländlichen Raum.

39

40 Unabhängig von den Wanderungsprozessen verstärkt die stetig steigende Lebenserwartung im

41 gesamten Land den Übergang von einer „jungen“ zu einer „alten“ Altersstruktur mit einem

42 wachsenden Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung.

43

44 Durch Alterung und Bevölkerungsverluste und damit einhergehende Einnahmeverluste der

45 öffentlichen Hand wird die Krise der staatlichen Finanzen noch verstärkt. Die Bindung des

46 kommunalen Finanzausgleichs an die Einwohnerzahlen verschlimmert die Situation der

47 hauptbetroffenen Gemeinden in den dünn besiedelten Randregionen Brandenburgs noch.

48 Wegbrechende Daseinsvorsorge, gekennzeichnet u.a. durch Ärztemangel, Schulschließungen

49 und Einstellung von Angeboten des öffentlichen Personennahverkehrs beschleunigen den Zug

50 zur Abwanderung.

51

52 Wir wissen: Alle unsere Städte und Kommunen werden altern und die meisten werden

53 schrumpfen. Wir Bündnisgrüne wollen den erforderlichen Paradigmenwechsel in der

54 Kommunalpolitik bewusst machen und durchsetzen helfen: Wir müssen weg vom Leitbild des

1 stetigen EinwohnerInnenwachstums, von höherem Flächenverbrauch und größeren  
2 Infrastruktureinrichtungen. Wir müssen weg vom ruinösen Konkurrenzkampf zwischen  
3 Kommunen um Bevölkerung, Gewerbeansiedlung und Fördermittel. Wir müssen hin zu  
4 überörtlicher interkommunaler Zusammenarbeit, zur Schaffung überörtlicher mobiler  
5 Einrichtungen und der Zusammenlegung von Funktionen.

6  
7 Wir brauchen ein neues Leitbild für Kommunen als Lebensort für Menschen, die aktiv gestalten  
8 wollen, aber auch Wünsche und Ansprüche haben. Kommunen sind der zentrale Ort der  
9 öffentlichen Daseinsvorsorge wie des zivilgesellschaftlichen Engagements. Der durch das Altern  
10 der Gesellschaft bedingte demografische Wandel wirkt sich dabei auf alle kommunalen  
11 Handlungsfelder aus.

12  
13 Zur Bewältigung dieser Zukunftsaufgabe ist ein kluger Mix zwischen bürgerschaftlichen und  
14 professionellen Strukturen wichtig. Bürgerschaftliches Engagement gibt es nicht umsonst: So  
15 müssen Anlaufstellen wie z. B. Freiwilligenbüros mit professionellen Beratungen aufgebaut und  
16 vernetzt werden. Kleinteilige Anschubfinanzierungen und Raumangebote helfen Netzwerken,  
17 sich zu etablieren

18  
19 Vor dem Hintergrund der Alterung und Schrumpfung unserer Gesellschaft und der  
20 zunehmenden Reduktion öffentlicher Leistungen wird der Bedarf an Freiwilligenarbeit vor Ort  
21 stark zunehmen. Falsch wäre es, den Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern einfach als Ersatz für  
22 professionelle Infrastruktur und staatliche Verantwortung zu begreifen. Bürgerschaftliches  
23 Engagement lässt sich nicht einfach einfordern oder diktieren. Die Unterstützung von  
24 bürgerschaftlichem Engagement ist für uns vielmehr ein emanzipatorischer Ansatz, der  
25 Kreativität und Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger fördert: durch bürgernahen Dialog,  
26 stärkere politische Partizipationsmöglichkeiten, kostenlose Fortbildungsangebote und eine  
27 dauerhafte Anerkennungskultur (z. B. steuerliche Absetzbarkeit von Kosten).

28  
29 In vielen Kommunen – gerade in Ostdeutschland - hat das Umdenken bereits begonnen. Ein  
30 Beispiel sind die Innenstädte, die durch modernes Quartiersmanagement und die Förderung  
31 gemeinschaftlichen Wohnens und Lebens für alle Generationen attraktiver gemacht werden.  
32 Unsere Vision für die Stadtentwicklung muss ein neues ökologisches Paradigma für die  
33 Innenstädte sein. Es würde helfen, Energiekosten zu sparen, den nicht-nachhaltigen,  
34 suburbanen Zersiedelungsprozess zu stoppen und neu entstandene Freiflächen mit Parks und  
35 Gärten zu gestalten und dabei ein positives Lebensgefühl zu entfachen. Diesen Trend gilt es  
36 weiter durch Modellprogramme wie „Soziale Stadt“ zu fördern und zu bestärken. Die  
37 Programme müssen jedoch stärker geschlechterspezifische Aspekte berücksichtigen und  
38 verschiedene kulturelle Nischen erhalten und fördern.

39 Besondere Chancen ergeben sich für Städte, die sich geschickt auf neue Lebensformen  
40 einstellen und zielgruppenspezifische Angebote bereitstellen. Zwei Gruppen, die infolge des  
41 demografischen Wandels besonders wachsen werden, sind Singles zwischen 25 und 35 Jahren  
42 und die Generation 50+. Beiden Gruppen sind Teilhabe und soziale Integration - gerade auch  
43 außerhalb familiärer Strukturen – besonders wichtig. Weiche Standortfaktoren, wie Kultur- und  
44 Sportangebote, Einkaufsmöglichkeiten, Grün in der Stadt, attraktive Wohnanlagen, ein gut  
45 ausgebauter öffentlicher Verkehr und Dienstleistungsangebote werden mit ausschlaggebend für  
46 den Wegzug bzw. Zuzug dieser Bevölkerungsgruppen sein.

47 Einige Städte haben bereits ältere Menschen als Zielgruppe entdeckt und gewinnen diese  
48 Altersgruppe durch kultur- und altersspezifische Angebote für sich. Beispiele sind Weimar oder  
49 Görlitz, die an ihren Ruf als "Pensionopolis" von vor 100 Jahren anknüpfen. Andere arbeiten an  
50 einem Profil als kinder- und familienfreundliche Stadt. Moderne Stadtpolitik hat viele

1 Alternativen, um mit urbanen Lebens- und Erlebenswelten, Bürgerinnen und Bürger mit ganz  
2 unterschiedlichen Lebensformen für sich zu gewinnen.

3 Politik vor Ort hat auch die Aufgabe, eine nachhaltige Ortsentwicklungspolitik mit Sozialpolitik  
4 zu verknüpfen. Denn in fallengelassenen Stadtteilen bleiben vor allem sozial Schwache, alte  
5 Menschen und MigrantInnen zurück; auch in den Dörfern sind es die Alten und die weniger  
6 Beweglichen. Denn arm und reich, mobil und immobil streben räumlich auseinander. Dieser  
7 Segregationstendenz muss eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklungspolitik  
8 entgegenwirken. Ein guter Weg kann beispielsweise die Einrichtung von  
9 Demografiebeauftragten sein, die die Wichtigkeit des Themas und seine aktive Gestaltung  
10 unterstreichen und den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürger fördern können.

11 Insgesamt zeigt sich: Demografie muss in allen Bereichen einer Kommune mitgedacht, eine  
12 Gesamtstrategie entwickelt und bisherige Dezernatskategorien und -strukturen aufgebrochen  
13 werden.

14  
15

### 16 **Beispiel: Kinderbetreuung**

17

18 Die fehlende Auslastung von Kindergärten und –Horten führt zu steigenden Kosten.  
19 Klassischerweise wird hierauf mit steigenden Gebühren für die Eltern, Einschränkungen des  
20 Leistungsangebots (reduzierte Öffnungszeiten, ausbleibende Investitionen etc.) aufgrund  
21 massiver Einsparungszwänge reagiert. In der Folge wird eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt,  
22 die am Ende nach einer Phase zunehmenden Attraktivitätsverlustes zu einer Schließung der  
23 Betreuungseinrichtungen führt.

24

25 Wir brauchen aber eine pädagogisch hochwertige kostenfreie Vorschulbetreuung. Die Qualität  
26 der Bildung muss auch durch eine bessere Aus- und Weiterbildung von ErzieherInnen erhöht  
27 werden. Angesichts erschreckender Zahlen zur Sprachentwicklung, sportlichen Fähigkeiten  
28 und Problemlösungskompetenz von Vorschulkindern ist ein verbessertes flächendeckendes  
29 Betreuungsangebot für alle Kinder überfällig. Dies kostet Geld und wird nur durch  
30 Umschichtung von Haushaltsmitteln im Land und in den Kommunen erreichbar sein. Hierzu  
31 brauchen wir einen erweiterten Investitionsbegriff, der Investitionen in Bildung und Ausbildung  
32 von Menschen als gleichrangig mit Investitionen in die physische Infrastruktur ansieht.

33

34 Wir brauchen neue kommunale Lösungsmodelle, wie den orts- und jahrgangsübergreifenden  
35 Einsatz von ErzieherInnen und VorschullehrerInnen in reformpädagogischen Ansätzen, die  
36 verstärkte Mobilisierung des Engagements der Eltern, die Einbindung der örtlichen Vereine und  
37 Gewerbebetriebe in die Kinderbetreuung oder die multiple Nutzung von Schulen und Kitas als  
38 kommunale Zentren.

39

40

### 41 **Beispiel: Bildung und Qualifizierung**

42

43 Auf verringerte SchülerInnenzahlen wird mit Schulschließungen und entsprechend längeren  
44 Wegen für Kinder und Jugendliche reagiert. Auch verlassen Jugendliche, mit Ausnahme der  
45 Stadt Potsdam, zu Ausbildungszwecken die Städte und Landkreise in Brandenburg, in der  
46 Uckermark gehen 75 % der 18-24-jährigen. Durch die Abwanderung der gut Ausgebildeten  
47 auch aus Schulen kommt es zu einer weiteren Erosion des Bildungsniveaus. Da sich unter den  
48 verbleibenden Personen solche mit schlechter Qualifikation oder ohne Arbeit häufen,  
49 orientieren sich schon die Kinder in den Schulen an der allgegenwärtigen Arbeitslosigkeit und  
50 fallen in ihren Leistungen zurück.

51

52 Auch das alte Muster – Lernen in der Jugend, Arbeiten im mittleren Lebensabschnitt und  
53 Ruhestand ab 65 - wird zukünftig auf immer weniger Menschen zutreffen. Hinzu kommt, dass

1 Berufswechsel innerhalb eines Lebens immer häufiger werden. Deshalb ist die Bereitschaft der  
 2 Bevölkerung, sich auf lebenslanges Lernen einzustellen, wesentlicher strategischer Faktor für  
 3 den wirtschaftlichen Erfolg bei der Gestaltung des demografischen Wandels.

4  
 5 Trotz demografischer Entwicklung muss daher mehr Geld in Bildung investiert werden. In den  
 6 ländlichen Regionen kann die wohnortnahe Schulversorgung durch Zwergschulen mit  
 7 klassenübergreifendem Unterricht gesichert werden. Qualitativ hochwertige Ansätze zur  
 8 individuellen Förderung befähigen Menschen zur kreativen Gestaltung ihres Lebenswerkes.  
 9 Angebote über das Internet und die Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen und  
 10 öffentlichen wie privaten Kooperationspartnern nehmen an Bedeutung zu und müssen  
 11 unterstützt werden.

#### 14 **Beispiel: Öffentlicher Personennahverkehr**

15  
 16 Die Leistungen des ÖPNV werden aufgrund sinkender EinwohnerInnenzahlen von immer  
 17 weniger Menschen angenommen, Taktfrequenzen werden in der Fläche zunächst ausgedünnt,  
 18 der Schienenverkehr durch Buslinien ersetzt und schließlich auf den SchülerInnenverkehr  
 19 eingeschränkt. Abgelegene Orte ohne SchülerInnen werden schließlich überhaupt nicht mehr  
 20 angefahren.

21  
 22 Gegenstrategien müssen bereits bei der Ortsentwicklungsplanung ansetzen: Innenentwicklung  
 23 geht vor Außenentwicklung, Bestandsentwicklung vor Neubau, die Ausweisung neuer  
 24 Baugebiete darf nur noch in erschließungsgünstigen Korridoren erfolgen, die Zersiedelung der  
 25 Landschaft muss gestoppt und wo immer möglich zurückentwickelt werden. Straßenplanung  
 26 muss auf eine klare Bevorzugung des Öffentlichen Verkehrs setzen, Barrierefreiheit von Wegen  
 27 und Fahrzeugen ist verbindliche Grundvoraussetzung für alle Planungsvorhaben.

28  
 29 In dünnbesiedelten Gebieten sind Strategien zur Flexibilisierung des ÖPNV, wie z.B. zum  
 30 Übergang vom Linienverkehr zum Punkt-zu-Punkt-Verkehr (Rufbusse, Anrufsammeltaxis) zu  
 31 entwickeln.

#### 34 **Beispiel: Medizinische Versorgung**

35  
 36 Immer weniger ÄrztInnen kümmern sich über zunehmend weiter werdende räumliche  
 37 Distanzen um zahlenmäßig immer weniger, aber zugleich immer mehr alte Menschen. Der  
 38 ärztliche Notdienst wird nur noch mühsam von wenigen engagierten und zunehmend  
 39 überforderten praktischen ÄrztInnen aufrechterhalten, SpezialistInnen sind häufig nur noch  
 40 verstreut in den größeren Kommunen zu finden.

41  
 42 Hier können Kommunen durch das Angebot optimaler Arbeitsbedingungen (z.B. Angebot von  
 43 preiswerten Praxisräumen) für junge ÄrztInnen nur beschränkt Wirkung entfalten. Durch  
 44 regionale Kooperation, Bildung von Ärztezentren, mobile medizinische und pharmazeutische  
 45 Versorgung, kommunal organisierte Sprechstundentage auch in kleinen Ortsteilen lassen sich im  
 46 kommunalen Raum wesentliche Verbesserungen für die EinwohnerInnen erzielen.

#### 49 **Beispiel: Feuerwehr, Rettungsdienste**

50  
 51 Die Zahl der ehrenamtlichen Mitglieder der Feuerwehr und der Rettungsdienste nimmt ab,  
 52 wenn der Nachwuchs fehlt und berufstätige LeistungsträgerInnen auspendeln oder fortziehen  
 53 müssen. Das Feuerwehrhaus ist zwar inzwischen renoviert, der Fahrzeugpark neu, aber  
 54 niemand mehr da, um die Technik zu bedienen.

1  
2 Die Feuerwehr kann nicht länger als Angelegenheit junger Männer betrachtet werden. Neben  
3 der in einigen Kommunen schon erfolgten Mobilisierung der Frauen ist die Bildung ortsteil- und  
4 gemeindeübergreifender Feuerwehren überfällig. Die Belegschaften der örtlichen Betriebe  
5 können dabei eine Schlüsselfunktion bei der Bereitstellung von Feuerwehrleuten spielen. Um  
6 der abnehmenden Bereitschaft von Unternehmen, ihre MitarbeiterInnen zur Wahrnehmung von  
7 Feuerwehr- oder Rettungsdienstleistungen freizustellen, zu begegnen, müssen die Kommunen  
8 gemeinsam mit der Landesregierung Angebote zum Ausgleich außerordentlicher Belastungen  
9 erarbeiten.

### 11 12 **Beispiel: Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung**

13  
14 Die leitungsgebundenen Netze wurden im ländlichen Raum seit 1990 zumeist vollständig neu  
15 gebaut und in Erwartung steigender EinwohnerInnenzahlen und neuer Gewerbeansiedlungen  
16 häufig überdimensioniert. Zunehmende Wassergebühren führten zu einem rückläufigen  
17 Wasserverbrauch, darauf hin sinkende Einnahmen der Wasserbetriebe zur Anhebung der  
18 Grundgebühren. Durch weiter sinkende EinwohnerInnenzahlen und dem gesellschaftlich  
19 erwünschten sparsamen Umgang mit dem Naturgut Wasser sind Wasserbetriebe trotz hoher  
20 finanzieller Belastung der VerbraucherInnen in ihrer Existenz gefährdet.

21  
22 Zukünftig wird es auch Investitionen in den Rückbau überdimensionierter Leistungsnetze geben  
23 müssen. Die Kooperation der zumeist in kommunalem Eigentum stehenden Trink- und  
24 Abwasserzweckverbände ist auszubauen. Im ländlichen Raum ist modernen dezentralen  
25 Abwasserentsorgungsanlagen bei der weiteren Infrastrukturentwicklung der Vorzug zu geben.

### 27 28 **Beispiel: Kultur**

29  
30 Bei gleichbleibendem Kulturangebot führen sinkende Einwohnerzahlen zu einer sinkenden  
31 Auslastung der Kulturinstitutionen. Gerade in strukturschwachen Regionen, die Abwanderungs-  
32 und Schrumpfungprozesse erleben, wächst damit die Gefahr eines eingeschränkten Zugangs  
33 zu kulturellen Einrichtungen sowie eines verminderten kulturellen Angebots.

34 Vorausschauende Politik muss bereits heute Reformen einleiten, um ein lebendiges Kulturleben  
35 und Kreativität zu erhalten und neuen Nachfragestrukturen gerecht zu werden. Es gilt, den  
36 gleichberechtigten Zugang zu kultureller Infrastruktur unter geänderten Bedingungen zu  
37 ermöglichen. Bibliotheken, Museen und Theater dürfen nicht gleichermaßen "mitschrumpfen".  
38 Regionale Kooperationen bieten die Möglichkeit, auch in Gegenden mit zurückgehender  
39 Bevölkerung kreative Potentiale zu nutzen und ein hochwertiges kulturelles Angebot zu  
40 erhalten, um so auch die Attraktivität und Identität dieser Regionen zu stärken.  
41 Kulturinstitutionen in schrumpfenden Regionen müssen sich auf diese veränderte Realität  
42 einstellen und nicht nur das Publikum von heute, sondern im Sinne einer "demografischen  
43 Gerechtigkeit" ebenso die Zielgruppen von morgen ansprechen. Generationsübergreifende  
44 Projekte könnten dabei helfen, Jüngere und Ältere auch im Kulturbereich rechtzeitig zu  
45 integrieren und böten zugleich neue Perspektiven der Zusammenarbeit. Auch über ein  
46 Generationsnetzwerk Kultur wäre nachzudenken. Dabei ist darauf zu achten, dass die  
47 verschiedenen Jugendkulturen berücksichtigt werden und ihre Vielfalt nicht durch übertriebenes  
48 Zusammenlegen gefährdet wird.

49 Kultur spielt eine entscheidende Rolle, wenn es um den Zusammenhalt einer immer  
50 pluralistischeren Gesellschaft geht. Kultur muss sich zukünftig so öffnen, dass sich auch  
51 Zuwanderer und so genannte „bildungsferne Schichten“ in der Kultur wieder finden können.  
52 Kultur gibt Identität und das Bekenntnis und die Pflege der eigenen Kultur ist ein  
53 entscheidender Stabilitätsfaktor auf dem Weg zu einer erfolgreichen Integration der

1 Gesellschaft. Zum anderen kann Kultur in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit auch soziale Aufgaben  
2 und damit einen anderen Stellenwert übernehmen. Kultur muss dann vielleicht mehr als  
3 Tätigkeit begriffen werden, die den Menschen durch aktive Teilnahme am Kulturleben – nicht  
4 nur durch Rezipieren – Sinnggebung vermittelt.

5 Gestaltungsansätze und Handlungsmöglichkeiten unterscheiden sich von Kommune zu  
6 Kommune, von Landkreis zu Landkreis in Abhängigkeit von den jeweiligen Voraussetzungen.  
7 Für alle politisch Aktiven auf kommunaler Ebene gilt aber, dass die Entwicklung von Konzepten  
8 und die Einleitung von Maßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels überfällig  
9 sind.

10

11 Beschlossen auf dem LandessprecherInnenrat am 21. Oktober in Fürstenwalde